

tiver Nähe zur Universität untergebracht wird. Da sind wir sehr nahe beieinander.

Deshalb sagen wir: Wir müssen alle Potenziale nutzen und dürfen uns nicht nur darauf beschränken, jetzt neue, quasi quartierartige Wohnverhältnisse zu schaffen. Umnutzungen müssen mobilisiert werden – in großem Maße von mir aus gerne. Und wir müssen natürlich auch Nachbargemeinden, so sie an den ÖPNV angeschlossen sind, in diese Mobilisierungsstrategie einbeziehen.

Ich kann natürlich nachvollziehen, dass ich die Semesterferien möglichst fußläufig erreichen will, weil auch die Alkoholgrenzen beim Fahrrad bald abgesenkt werden. Bei allem Verständnis dafür müssen wir so planen, dass langfristig eine vernünftige Vermarktung des geförderten Wohnungsbaus richtig ist. Deshalb müssen wir die Förderung darauf konzentrieren, wo es wichtig ist.

Sie haben an einem Punkt recht – da bin ich völlig auf Ihrer Seite –: Ich werde nie die Hand reichen zu einer öffentlichen Förderung von Gentrifizierung.

(Beifall von den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Das ist schleichendes Gift. Das ist aber auch in dem Antrag so nicht gemeint. Gemeint kann nur sein, dass man in Regionen, in Stadtteilen, in denen ein Wohnungsüberhang ist, in denen sich auch durch Wegzüge eine bestimmte soziale Schichtung ergibt, auch über studentisches Wohnen wieder eine gesunde, eine sozial ausbalancierte Mischung hinbekommt. Gentrifizierung auf gar keinen Fall! In Berlin haben wir genug Musterbeispiele, wie es nicht gehen darf. Ich finde, an dieser Stelle sollte sich Nordrhein-Westfalen dauerhaft von Berlin unterscheiden.

(Beifall von der SPD - Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Gut, dass wir darüber gesprochen haben! – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Minister Groschek. – Damit sind wir am Schluss der Beratungen. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen zur Abstimmung über diesen Antrag. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/1261** an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Ich darf Sie fragen, wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen kann. – Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

6 PCB-Belastung in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kitas und Sporthallen

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1257

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der Piraten dem Kollegen Lamla das Wort.

Lukas Lamla (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Besucher auf den Tribünen und zu Hause! PCB – das sind chemische Verbindungen, die dermaßen gesundheitsschädlich sind, ja sogar hochgradig krebserregend, dass sie im Jahre 2011 durch die Stockholmer Konvention weltweit verboten worden sind.

In einer Veröffentlichung mit dem Titel „PCB in öffentlichen Gebäuden“ des Landesamtes für Gesundheit und Arbeitssicherheit des Landes Schleswig-Holstein heißt es:

„PCBs wurden in den sechziger und frühen siebziger Jahren in vielfältiger Weise beim Gebäudeumbau, beim Umbau und bei Sanierungen in Fugendichtungsmassen, Brandschutzanstrichen, Deckenplatten sowie in Elektrogeräten (Kondensatoren und Transformatoren) verwendet.“

Schon eine kurze Recherche offenbart: Seit Jahren werden immer wieder Schulen und Kindertagesstätten in NRW saniert und geschlossen, weil nach Untersuchungen zutage kommt, dass diese Gebäude hochgradig PCB-verseucht sind. Ein paar Beispiele: Dülmen, Grevenbroich, Euskirchen, Haan, Dortmund, Wermelskirchen, Bochum, Köln und zu guter Letzt Neuss und heute ganz tagesaktuell Kaarst.

Besonders gravierend: Die PCB-Belastungen wurden in diesen Einrichtungen meist erst dadurch aufgedeckt, weil besorgte Eltern oder Lehrer selbst Geld in die Hand genommen haben, um eine Messung zu veranlassen. Von öffentlicher Hand veranlasste Messungen werden hingegen jahrelang unter Verschluss gehalten. Erst durch massiven Druck von Eltern, Gewerkschaften, Lehrkräften und Medien und im Neusser Fall zu guter Letzt von der SPD-Stadtratsfraktion unter Leitung des Kollegen Breuer – schade, dass er gerade nicht da ist – wurden diese Messergebnisse veröffentlicht. Erst dann werden diese Einrichtungen im gleichen Atemzug geschlossen. Wie war das noch einmal mit dem Grundrecht auf Informationsfreiheit?

Im Neusser Fall erleben wir ein weiteres Phänomen. Obwohl diese Schule vorher ordnungsgemäß saniert worden ist – das heißt, man hat dort die Fugen abgedichtet –, musste diese Schule in diesen

Sommerferien geschlossen werden, weil die Sanierungsmaßnahmen scheinbar wirkungslos waren.

Natürlich werden vermutlich die nachfolgenden Redner sagen: Ja, die Gebäude gehören den Kommunen und sind keine Landessache. – Aber, sehr geehrte Frau Ministerin Löhrmann, die heute mit Abwesenheit glänzt:

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Sie hat sich heute abgemeldet!)

Sie haben fernab von irgendwelcher Parteipolitik die Verantwortung und die Sorgfaltspflicht für Tausende Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen in NRW, die sich täglich in große Gesundheitsgefahr begeben und sich dieser aussetzen. Bitte setzen Sie die Gesundheit Ihrer Lehrkräfte nicht in der Prioritätenliste hinter die Finanzen.

(Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Bitte warten Sie alle nicht bis zum nächsten Wahlkampf. Bitte handeln Sie jetzt!

(Beifall von den PIRATEN)

Wenn wir uns vor Augen führen, dass vermutlich die meisten Gebäude in NRW, die zwischen 1960 und 1975 gebaut oder saniert worden sind, so stark mit PCB belastet sind, meine Damen und meine Herren, wird uns spätestens hier deutlich: Wir haben ein großes Problem.

Natürlich ist den Piraten bewusst, dass es einen enormen logistischen Aufwand bedeutet, Schüler und Schülerinnen umzuquartieren. Wir wissen auch, dass die entstehenden Kosten enorm sind, wenn in hunderten Schulen in NRW derartige Messungen stattfinden sollen. Von den Kosten einer möglichen Sanierung von Hunderten von Schulen will ich erst gar nicht sprechen. Aber nur, weil man über ein Problem nicht spricht, heißt es nicht, dass es nicht existiert. Dieses Problem kann und darf man einfach nicht weiter wegnignorieren und aussitzen!

(Beifall von den PIRATEN)

Wir Piraten fordern hier feste Sanierungskonzepte. Wir brauchen zudem festgelegte Messverfahren unter Realbedingungen. Realbedingungen heißt für mich nicht, dass Tage vor der Messung Putzkolonnen durch die Räumlichkeiten wirbeln und Heizkörper und Wände abwischen, die vorher jahrelang von den Putzkolonnen keine Beachtung fanden. Es muss klare und nachvollziehbare Fristen geben, in denen die Messergebnisse veröffentlicht werden. Sonst könnte es passieren, dass Träger von öffentlichen Gebäuden und Liegenschaften, wie im Neusser Fall, monate- oder sogar jahrelang wie eine glückende Henne auf den Messergebnissen sitzen und jeden wegpicken, der sich dieser Brutstätte nähert.

Das Thema „PCB“ steht nicht nur bei uns Piraten auf der Tagesordnung, sondern es beschäftigen sich auch andere Fraktionen damit, wie die Kleinen Anfragen von der Kollegin Schulze Föcking von der

CDU oder vom Kollegen Dr. Orth von der FDP gezeigt haben. Bitte, meine Damen und Herren, lassen Sie uns endlich gemeinsam an einer vernünftigen Lösung arbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Lamla. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Kollege Scheffler.

Michael Scheffler (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will eine Bemerkung des Kollegen eben aufgreifen und sagen: Das Thema „PCB“ ist in der Tat auf der Tagesordnung. Das Thema „PCB“ ist in vielen Städten und Gemeinden unseres Landes auf der Tagesordnung, wenn es in den vorhandenen Gebäuden Sanierungsbedarf gibt. Es ist ja nicht so, dass sich die Kommunen vor Ort in den vergangenen 20 Jahren nicht um dieses Thema gekümmert hätten.

(Beifall von der SPD)

Ich selbst bin seit langen Jahren Kommunalpolitiker und ich kann Ihnen nur sagen: Da haben die Kommunen auch sehr viel Geld in die Hand genommen, um dafür zu sorgen, dass ihre Gebäude zunächst einmal gemessen werden und dass die Gebäude dann im Anschluss auch saniert werden. Denn uns als Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker liegen der Schutz der Kinder und der Schutz der Beschäftigten in den Schulen und in den Einrichtungen sehr am Herzen.

(Beifall von der SPD und der CDU)

Ich habe mich bei der Rede schon ein wenig darüber gewundert, wie wenig die Piraten unseren Städten und Gemeinden zutrauen. Ich kann nur sagen: Die kommunale Familie – Ausnahmen mag es an der einen oder anderen Stelle natürlich geben – hat ihre Verantwortung wahrgenommen. Natürlich hat die kommunale Familie wenig Geld zur Verfügung. Das wissen wir. Deswegen haben wir als Land Nordrhein-Westfalen an den verschiedensten Stellen zu helfen versucht.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Deshalb bucht sie immer denselben Gutachter!)

Es erschreckt mich schon etwas, dass Sie die Arbeitsteilung, die es bei uns im Land gibt, anscheinend nicht zur Kenntnis nehmen oder nehmen wollen: Wir haben ein föderales System und Zuständigkeiten, die wir verabredet haben. So haben wir beispielsweise die Verabredung, dass sich das Land um Personalfragen kümmert und die Personalausstattung zur Verfügung stellt, während die Städte und Gemeinden oder auch Kreise als Schulträger dafür zuständig sind, die Gebäude zur Verfügung zu stellen. Diese Arbeitsteilung hat sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich bewährt hat und ich sehe keine Notwendigkeit, in die kommunale

Selbstverwaltung einzugreifen und den Kommunen vom Land aus etwas vorzuschreiben.

(Lukas Lamla [PIRATEN]: Lassen Sie die Lehrer weiter krank werden!)

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass sich das Land Nordrhein-Westfalen seiner Verantwortung durchaus bewusst ist und bei seiner Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger durchaus im Bilde ist. Ich weiß, dass die Gebäude, die dem Land gehören, nach und nach saniert werden, dass dort gemessen wird und die Gebäude von Schadstoffen befreit werden.

Bei einem Gebäude, das sich im Besitz der Kommune befindet – bei den meisten Schulen, Kitas oder Sporthallen ist das der Fall –, ist für diese Einhaltung gesetzlicher Vorschriften natürlich die Kommune zuständig.

Ich will auch ganz deutlich sagen, dass das Land nicht in die kommunalen Kompetenzen eingreifen kann. Das Land kann auch nicht als Ausfallbürge für die Städte und Gemeinden auftreten. Das ist – ich wiederhole es – auch gar nicht notwendig, weil die kommunale Selbstverwaltung in unserem Land glücklicherweise funktioniert.

Wenn ich Ihnen aus meiner politischen Arbeit berichten würde, wie viele Gebäude, die in den 70er-Jahren gebaut worden sind, vor Ort saniert worden sind und dadurch die Haushalte zu Recht belastet worden sind, wäre es für meine Stadt eine große und gute Erfolgsbilanz. Ich weiß: Im Umfeld meines Kreises ist das in anderen Städten und Gemeinden, denen es finanziell nicht gut geht, genauso gewesen.

Meine Damen und Herren, wenn die Städte und Gemeinden Probleme und Schwierigkeiten haben, ihre Gebäude angemessen zu überprüfen und Maßnahmen zu entwickeln, dann gibt es landeseits etliche Beratungsangebote. Zum Beispiel stehen die Bezirksregierungen zur Verfügung. Es gibt die Gesundheitsämter. Und das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz berät die Kommunen ebenfalls.

Meine Damen und Herren, wir als SPD sind uns natürlich darüber im Klaren, dass wir die Verantwortung dafür haben, dass der Arbeitsschutz in unserem Land wieder funktions- und arbeitsfähig ist und die Umweltüberwachung so vornehmen kann, wie wir das von ihm erwarten und es notwendig ist. Deswegen hat die Landesregierung bereits im Frühjahr strikte Maßnahmen ergriffen, um diese Behörden nach dem schwarz-gelben Kahlschlag wieder in den Stand zu versetzen, ernst zu nehmende Kontrollen durchzuführen. Es wird in der Arbeitsschutzverwaltung einen entsprechenden Stellenaufwuchs geben. Weitere Vorhaben und Maßnahmen können Sie dem Koalitionsvertrag entnehmen.

Meine Damen und Herren, wir haben in Nordrhein-Westfalen ein gut funktionierendes System, das wir nicht auf den Kopf stellen sollten. Wir können gerne im Ausschuss noch darüber reden, aber ich sehe keinen Grund, den Bestandteilen, die Ihr Antrag hat, zu folgen. Bei den Kommunen, die tätig geworden sind, will ich mich ganz herzlich dafür bedanken, dass sie etwas zum Schutz unserer Kinder, den Schutz des Personals vor Ort getan haben und damit ihrer Verantwortung gerecht worden sind. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion der CDU spricht die Kollegin Schulze Föcking.

Christina Schulze Föcking (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Schutz der Menschen und der Umwelt vor Gefahren sowie der Anspruch auf körperliche Unversehrtheit sind schon im Grundgesetz festgeschrieben, und damit ist es Auftrag für jede Landesregierung, dies zu gewährleisten.

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Meine Damen und Herren, interessant ist, wer applaudiert: CDU, FDP und die Piraten. Eigentlich hätte tosender Jubel von Rot-Grün kommen müssen, handelt es sich doch um ein Zitat von Minister Rammel.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Im Zusammenhang mit dem PCB-Skandal um Envio in Dortmund hat er diese bedeutsamen Worte gesprochen. Nachzulesen ist das in der „Westfälischen Rundschau“ vom 28. Juli 2010.

Auch wenn sich Herr Minister Groschek gleich dieses Themas annehmen wird, möchte ich Herrn Minister Rammel dennoch nicht aus der Verantwortung entlassen. Es geht schließlich um Verbraucherschutz. Wo ist eigentlich Herr Rammel? – Sein Stuhl ist leer. Während Minister Rammel bei den Vorfällen um PCB und verseuchte Eier in der Vergangenheit stets die höchste Alarmstufe ausrief, so ist er bei dem, was wir als CDU-Landtagsfraktion anfragten, höchst einsilbig geblieben.

(Beifall von der CDU)

Wir von der CDU wollten nämlich – ausgehend von Präzedenzfällen wie beispielsweise an der Dreikönigen-Grundschule oder an der Uni in Düsseldorf – wissen, wie viele Fälle von PCB-belasteten in öffentlichen Einrichtungen, also Schulen, Kindergärten und Behörden, es in NRW gibt. Wir haben zunächst versucht, diese Auskunft über eine Kleine Anfrage zu bekommen. Dieses Instrument steht uns als Parlamentariern zur Verfügung, und zwar immer

in der Hoffnung, eine vernünftige Antwort zu erhalten.

In der zentralen Frage unserer Kleinen Anfrage antworteten Sie uns lapidar mit dem Satz: „Fälle von PCB-belasteten öffentlichen Einrichtungen werden von der Landesregierung statistisch nicht erfasst.“

Vizepräsident Daniel Düngel: Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage von Frau Howe aus der SPD-Fraktion zulassen?

Christina Schulze Föcking (CDU): Nein, danke. – Herr Scheffler, es sollte Ihnen vielleicht auch zu denken geben: Gleichzeitig steht nämlich in der Antwort auf die Kleine Anfrage im nächsten Satz, dass seit dem Jahr 2004 die Überprüfung läuft.

Meine Damen und Herren, der Kollege Lamla hat es eben schon ausgeführt: PCB ist hochgiftig. Die Liste der gesundheitsgefährdenden Auswirkungen ist lang: Atemwegserkrankungen, Störungen des Immunsystems, Kinder im Mutterleib sind besonders gefährdet. Vor allem: Es gibt eine krebserzeugende Wirkung. Das alles sind gute Gründe nachzufragen, denn uns liegt an einer Aufklärung im Sinne der Menschen.

Die Aufzählung – Schädigung der Leber, Atemwegserkrankungen, Krebs – zeigt aber noch mehr und macht deutlich, wie unverantwortlich Ihre ausweichenden und nichtssagenden Antworten auf unsere Kleine Anfrage waren.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Krebsgefahren spielt man nicht herunter. Wer so etwas macht, hat jeden moralischen Anspruch verloren. Genau deshalb haben wir im Ausschuss noch einmal nachgefragt. Was aber macht Minister Remmel? – Bei nahezu allen Tagesordnungspunkten war er am 24. Oktober dabei. Lobenswert! – Aber beim letzten Punkt zum Thema „PCB“ verlässt er – wegen eines Termins! – den Raum und übergibt an seinen Staatssekretär. Aber – jetzt kommt es – kurze Zeit später sieht man ihn in der Eingangshalle des Landtags stehen. Ein wirklich so wichtiger Termin?

(Walter Kern [CDU]: Nicht zu fassen!)

Im Koalitionsvertrag haben Sie den bemerkenswerten Satz geschrieben: „Wir werden die Veröffentlichungspflichten der öffentlichen Stellen deutlich ausweiten ...“

Herr Minister – wo auch immer er derzeit sein mag –,

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Zurufe von den PIRATEN)

dann müssen Sie mit gutem Beispiel vorangehen und bei sich anfangen. Setzen Sie das, was Sie von anderen fordern, selbst um.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Aber bitte überprüfen Sie nicht nur Ihr Umweltministerium, wie es laut Herrn Paschedag derzeit geschieht.

Meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, sind Sie der Auffassung, dass dieses Mauern und Hinhalten durch die Landesregierung guter Verbraucherschutz ist? Das haben zumindest die Kollegen im Ausschuss – ein Segen! – auch anders gesehen.

Man muss Ihnen zugutehalten: Selbst Ihnen kamen wohl Zweifel in dieser Ausschusssitzung, denn wie anders soll man es erklären, dass Sie trotz des hinhaltenden Widerstands der Landesregierung schließlich unserem Antrag nach Vorlage eines umfangreichen Gebäudekatasters einstimmig zugestimmt haben?

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Die Landesregierung hat nämlich bis zuletzt versucht, Sie von diesem Schritt abzuhalten. Alle Register wurden sozusagen gezogen. Ein Einwand nach dem anderen wurde von Staatssekretär Paschedag vorgetragen: Er sei nicht zuständig. Die anderen hätten keine Antwort gegeben usw. Wir haben aber dennoch die Zusage im Ausschuss erhalten, eine solche Liste zu bekommen. Wir hoffen, dass dies wirklich zeitnah geschieht.

Ich komme zum Ende. Ich kann nur an Sie, Minister Groschek, appellieren. So nachlässig und fahrlässig Sie als Landesregierung in diesem Punkt arbeiten, so zuverlässig und korrekt arbeitet unsere Landesverwaltung. Sie müssen aber auch zulassen, dass sie eine solche Liste erstellen darf.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Anschließend können wir dann über die Konsequenzen reden. Das sind wir alle den Bürgerinnen und Bürgern im Land Nordrhein-Westfalen wirklich schuldig.

(Beifall von der CDU, den PIRATEN und Marc Lürbke [FDP])

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hören wir Herrn Kollegen Markert.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir am Anfang der Rede, Folgendes anzumerken: Herr Lamla, Sie hatten unsere stellvertretende Ministerpräsidentin angesprochen und ihr Fehlen bemängelt. Sie ist heute ordnungsgemäß entschuldigt, weil sie eine Aufgabe im Rahmen ihrer Funktion in der Kultusministerkonferenz wahrnimmt; das können Sie sich von Ihrer Parlamentarischen Geschäftsführerin bestätigen lassen.

(Monika Pieper [PIRATEN] nickt.)

Wir haben heute verschiedentlich über Bildung geredet, und das gehört zum Regierungshandeln dazu.

(Lukas Lamla [PIRATEN]: Zu Protokoll: Es tut mir leid!)

Da unsere Ministerin kein Landtagsmandat hat, kann sie solche Aufgaben gut wahrnehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Als Neusser Abgeordneter sage ich im Übrigen: Die Dreikönigenschule in Neuss wird in Ihrem Antrag namentlich angesprochen. Aber, Frau Schulze Föcking, mir als besonders am Gesundheitsschutz im Umweltbereich interessierter Fachpolitiker sind der von den Piraten aufgeworfene Sachverhalt und die damit verbundenen Problemlagen gut bekannt.

Ich glaube auch, dass es, Frau Schulze Föcking, manchmal ganz gut ist, wenn man bei schwierigen Fragen, die schon längere Zeit zurückliegen, auch versucht, Gemeinsamkeiten zu finden, um den Menschen eine Lösung vorzulegen, die wirklich das Problem behebt. Das ist manchmal der bessere Ansatz, als sich gegenseitig im kleinen Pepita, wie Herr Lindner manchmal zu sagen pflegt, Schuldzuweisungen zu machen. Das hilft den betroffenen Menschen vor Ort nicht wirklich weiter.

Wir arbeiten schon seit längerer Zeit an einem umfassenden Konzept zur sogenannten Raumlufthygiene und haben bereits unter der ersten rot-grünen Bundesregierung die Problematik mangelnder Innenraumlufthygiene erkannt und sie aktiv in die Politik des Bundesumweltministeriums eingebunden.

Allerdings hat die CDU-geführte Bundesregierung durch den Regierungswechsel viele dieser Ansätze einer Schadstoffminimierung in Baustoffen wie in Dämmmaterialien, Putzen, Lacken, Farben, Böden, Klebern etc. und in Einrichtungsgegenständen wie Teppichen, Möbeln sowie Reinigungsmitteln zunichte gemacht. Aber das können wir möglicherweise ab 2013 – im Herbst 2013 sind bekanntlich Bundestagswahlen – gemeinsam korrigieren.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Was die PCB-Problematik im Besonderen betrifft – hierbei haben wir es mit einem unseligen Erbe aus der Vergangenheit zu tun –, haben wir uns in den letzten Tagen mehrfach mit den Betroffenen an der Universität in Düsseldorf ausgetauscht. Wir nehmen ihr Anliegen sehr ernst.

Das ist auch mein erster Hinweis an die Piraten, deren Antrag im Prinzip in die richtige Richtung geht. Wir in der Politik sind allerdings angehalten, an dieser Stelle weder unnötige Ängste zu wecken, noch die oft schwierige persönliche Situation der Betroffenen einfach so an die Öffentlichkeit zu ziehen.

(Lukas Lamla [PIRATEN]: Was? – Weitere Zurufe von den PIRATEN)

Darum gilt es hier, mit Sensibilität und Gründlichkeit vorzugehen sowie zuerst eine sorgfältige Bestandsaufnahme vorliegender Belastungen zu erstellen.

Ob die von den Piraten vorgeschlagenen Methoden hierfür sinnvoll sind, werden wir in den Ausschüssen mit der notwendigen fachlichen Untermauerung zu klären haben.

(Beifall von Robert Stein [PIRATEN])

Frau Schulze Föcking, Sie haben sich offensichtlich auf den von Ihnen besonders geschätzten Umweltminister eingeschossen und beklagt, dass er nicht hier sei. Die Zuständigkeiten in dieser Frage sind vielfältig. Ich kann Ihnen versichern: Die anwesenden zuständigen Fachminister werden sich gern auch mit Ihnen zusammen in Sachen einer Lösung nach vorn bewegen. Aber beißen Sie sich nicht immer nur an einer Person fest, denn auch das bringt uns nicht unbedingt in der Sache weiter.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben bereits zeitnah begonnen zu klären, wie viele öffentliche Gebäude in Nordrhein-Westfalen und wie viele Schulen sowie Kindergärten darunter unter anderem durch die Zuhilfenahme von PCB errichtet wurden und welche Maßnahmen zur vollständigen Erfassung dieser Gebäude angegangen werden können und

(Marc Olejak [PIRATEN]: Wo sind die Zahlen?)

welche Empfehlung wir den Kommunen in Nordrhein-Westfalen hinsichtlich der Einhaltung und Verpflichtung zur Umsetzung der PCB-Richtlinie geben sollten.

Wir werden auch der Frage, Mike Groschek, nachgehen müssen, ob wir einen Fonds oder Ähnliches zur Sanierung von Altlasten einrichten, in den auch die Branchen eingebunden wird, die eine besondere Verantwortung für die Werkstoffe haben. Wir werden sicherlich auch der Frage nachgehen können, welche Erfahrungswerte es mit PCB-Sanierung vor Ort bereits gibt.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Markert, würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Olejak von der Piratenfraktion zulassen?

Hans Christian Markert (GRÜNE): Aber selbstverständlich.

Vizepräsident Daniel Düngel: Bitte.

Marc Olejak (PIRATEN): Eine kurze Zwischenfrage: Sie sagten gerade, Sie hätten Zahlen. Können Sie diese Zahlen bitte offenlegen?

Hans Christian Markert (GRÜNE): Ich habe eben nicht von Zahlen gesprochen. Da haben Sie mir nicht richtig zugehört, lieber Herr Kollege, sondern ich habe gesagt: Wir sind dabei zu ermitteln, wie die Situation im Land ist, welche Fallhäufigkeiten wir an welcher Stelle haben und welche Erfahrungswerte es mit der Sanierung vor Ort gibt.

Da Sie sich mit der Gesamtmaterie ja offensichtlich beschäftigt haben, wissen Sie, dass es vor Ort massiv Probleme gibt und dass wir es mit einem Sachverhalt zu tun haben, der baulich – Karl-Josef Laumann hat eben im privaten Gespräch schon darauf hingewiesen – teilweise 30, 40 Jahre zurückliegt. Man kann sich dort nicht gerade mal – schnipp! – innerhalb weniger Monate einen Überblick verschaffen, denn es kommen fast täglich Zahlen und auch Fälle hinzu. Das Problem ist, dass wir meistens erst dann aufmerksam werden – weil es sich eben um Altbauten handelt –, wenn wir Betroffene mit hohen Blutwerten haben. Das ist sehr bedauerlich, das ist sehr sensibel zu handhaben. Man kann also nicht einfach davon ausgehen, dass es nackte Zahlen gibt, sondern die müssen erst einmal sauber ermittelt werden. Und davon habe ich eben gesprochen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Koalition und diese Landesregierung nehmen das Thema sehr ernst. Wir werden den Kommunen im Bedarfsfall fachlich beiseitestehen, die ja für die Einhaltung der bestehenden Regelungen zuständig sind, sofern sich die entsprechenden Gebäude in ihrem Eigentum befinden.

Sicher gilt es auch zu überlegen, ob eine zentrale – und das meinen Sie möglicherweise, Herr Kollege – statistische Erfassung und ein entsprechendes PCB-Kataster sinnvoll sind.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Markert, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Ja, ich bin auch gleich durch, Herr Präsident. – Klar ist: PCB wurde wegen seiner hohen Gesundheits- und Umweltrelevanz in Deutschland 1983 verboten. Die Kanzerogenität, der Einfluss auf Stoffwechsel und Leberfunktionen sind längst nachgewiesen. Deswegen sehen wir hier dringenden Handlungsbedarf – wie im Übrigen alle Fraktionen der hier im Landtag vertretenen Parteien.

Auch hier bleibt – mit Aldous Huxley – dabei sagen: Tatsachen schafft man nicht dadurch aus der Welt, dass man sie ignoriert. – Insofern sehe ich den Beratungen in den Fachausschüssen mit einiger Hoffnung entgegen. Vielleicht schaffen wir es ja, ge-

meinsam Lösungen zu erarbeiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Markert. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Frau Kollegin Schneider.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sprechen bei dem vorliegenden Antrag über ein wichtiges Thema, das den nordrhein-westfälischen Landtag schön öfter beschäftigt hat: über die Gruppe der Polychlorierten Biphenyle, den Menschen meistens besser bekannt als PCB. Das ist ein Begriff, unter dem 209 verschiedene Varianten zusammengefasst werden. Sie gelten als hochgiftig und machen den Menschen in unserem Land Angst. Und das zu Recht: Eine längere Belastung kann sich auf den Hormonhaushalt und auf das Immunsystem auswirken oder Hautausschlag verursachen. Außerdem steht diese Substanz im Verdacht, krebserregend zu sein.

Die FDP-Landtagsfraktion hat dieses Problem bereits im August 2011 aufgegriffen und eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt. Anlass hierzu war unter anderem ein Artikel in der „WAZ“, in dem über den Verdacht einer Gesundheitsgefährdung an einem Bochumer Gymnasium berichtet wurde. Dort hatten Schüler, die man zuvor in einem Gebäude aus den 70er-Jahren untergebracht hatte, vermehrt über Kopfschmerzen, Haarausfall und Atembeschwerden geklagt.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)

Die Landesregierung erklärte in ihrer Antwort, dass ihr die Problematik in den Kinder- und Jugendeinrichtungen – also auch in den Schulen – bekannt sei. Gleichzeitig kündigte sie an, die Thematik ressortübergreifend anzupacken.

Ob die bisherigen Initiativen der Landesregierung vor allem in Bezug auf eine bessere Information der betroffenen Bürger ausreichend sind, muss diskutiert werden. Allerdings sind für den Zustand von Schulgebäuden bzw. -räumlichkeiten die öffentlichen und privaten Schulträger zuständig.

Anders verhält es sich, wenn Universitäten betroffen sind. Denn hier trägt der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes, der BLB, die Verantwortung.

Auch hierzu hat die FDP-Fraktion in der Vergangenheit bereits eine Kleine Anfrage gestellt. Anlass waren Presseberichte über eine zu hohe PCB-Belastung in der Heinrich-Heine-Universität zu Düsseldorf. Auch die Hochschule selbst berichtete auf ihrer Website, dass bereits viele Räumlichkeiten gesperrt werden mussten. Die Landesregierung wies darauf hin, dass 2004 bei einer Überprüfung von Landesgebäuden verschiedene Schadstoffbelas-

tungen festgestellt worden seien und in einem systematischen Prozess abgearbeitet werden sollten. Dieser Prozess sei jedoch noch nicht beendet.

Im konkreten Fall ist zwar ein Arbeitsmediziner zu dem Ergebnis gekommen, dass aufgrund der Blutwerte von Angestellten und Studierenden keine Rückschlüsse auf eine akute Gesundheitsgefährdung gezogen werden könnten; allerdings entferne der BLB zurzeit die Primärquellen wie Deckenplatten und Fugenmassen, außerdem gehe er auftretenden neuen Verdachtsfällen nach.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, das Problem des vorliegenden Antrags der Piraten besteht darin, dass die Landesregierung im Fall der Schulen und Kitas nicht zuständig ist. Öffentliche Gebäude des Landes werden im Antrag nicht explizit erwähnt.

(Lukas Lamla [PIRATEN]: Haben Sie mir zugehört?)

Der Antrag ist daher zu einseitig ausgerichtet.

Da aber das Wertvollste, was wir haben, die Gesundheit, vor allem die Gesundheit unserer Kinder ist, sollten wir die Landesregierung zu größerer Aktivität auffordern. Dies wird die FDP-Fraktion im Ausschuss mit Ihnen gemeinsam gerne tun. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Landesregierung erteile ich nun Herrn Minister Groschek das Wort.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Frau Schneider, ich fand es gut, dass Sie noch mal darauf abgehoben haben, dass es hier darauf ankommt, möglichst gemeinsam – die einzelnen Verantwortlichkeiten nicht in den Mittelpunkt stellend – für Lösungsansätze zu sorgen.

Die Menschen sind besorgt bei diesem Thema. Und zumindest in diesem Landtag und in dieser Landesregierung würde niemand die Krebsgefahren herunterspielen. Ich glaube, wir sollten aufpassen, dass wir nicht Elefantenherden durch die Porzellanläden laufen lassen. Die Menschen haben eine sehr ernsthafte Auseinandersetzung mit diesem Thema verdient – und keine polemische, wahlkampfgleiche Auseinandersetzung, Frau Schulze Föcking.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es wurde hier über die Abwesenheit einzelner Kabinettsmitgliedern gesprochen. Ich will jetzt darüber sprechen, warum möglicherweise der Kollege Laumann nicht mehr anwesend ist. Ich bin nämlich darauf hingewiesen worden, dass zu Zeiten seiner

Tätigkeit als Minister für Arbeit und Gesundheit eine Vielzahl von Petitionen zur PCB-Belastung dieses Haus und den Petitionsausschuss erreicht hat. Frau Howe und Frau Beer konnten Herrn Laumann als Minister damals nicht davon überzeugen, dass akuter Handlungsbedarf besteht. Im Gegenteil: Das Ministerium hat zum damaligen Zeitpunkt wiederholt darauf hingewiesen, dass kein Handlungsbedarf besteht.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Minister.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Das will ich im Nachhinein nicht beurteilen. Ich will nur sagen, dass wir in unserem Verantwortungsbereich sehr wohl Zug um Zug Handlungsbedürfnisse sehen.

Wir haben als damalige Landesregierung und als damaliges Bauministerium schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt, 1996, gehandelt. Seinerzeit wurde eine Technische Anleitung erlassen, die Eigentümern und Bauleuten Hinweise darauf gibt, wie mit dem Problem adäquat umgegangen werden kann.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Minister, entschuldigen Sie bitte.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Bitte, Herr Präsident.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lienenkämper zulassen, der aber heute wie Herr Kollege Hovenjürgen aussieht?

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Ja, bitte.

Josef Hovenjürgen (CDU): Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass der Kollege Laumann zu einem wichtigen Termin in Berlin weilt? Er hat dies auch mitgeteilt. Insofern bitte ich Sie, diese Unterstellung zu unterlassen.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Gut. Ich habe ja nur darauf hingewiesen, lieber Kollege Hovenjürgen, dass die Abwesenheit einzelner Minister, beispielsweise des anwesenden Ministers Rimmel, zu Kritik geführt hat.

(Heiterkeit von der SPD)

Diese Technische Anleitung ist im Grunde auch ein Hinweis darauf, dass alle Eigentümer und Baubeteiligten für die Umsetzung dieser fachlichen Anweisung beim Umgang mit PCB Verantwortung tragen.

Die originäre Verantwortung, die sich aus dem Eigentum oder aus der beruflichen Zuständigkeit ergibt, kann niemand delegieren.

Der BLB ist angesprochen worden. 2004 gab es eine systematische Untersuchung nach Schadstoffen, unter anderem auch nach dem Schadstoff PCB. Seitdem wird systematisch abgearbeitet. Das war also auch während der Regierungszeit von Schwarz-Gelb. Ich nehme an, dass Sie Ihre Aufsichtspflicht und Ihre begleitenden Pflichten damals sehr ernst genommen und die Systematisierung dieses Abarbeitens begleitet haben.

Mir geht es jetzt gar nicht darum, wieder zu sagen: Die Kommunen sind im Grunde die Eigentümergemeinschaft, die Sie bei Kitas und Schulen ansprechen. – Ich will vielmehr aufgreifen, was gerade gesagt wurde. Wir haben jetzt eine breit gefächerte Fachausschussdiskussion. Das zeigt auch, wie verteilt die Zuständigkeit unter den einzelnen Aspekten ist. Es ist klar, dass wir diese breite Fachausschussdiskussion ressortmäßig begleiten und dann hier in der Schlussabstimmungsrunde die Erkenntnisse daraufhin auswerten, was im Vergleich zum Status quo heute konkret verbessert werden kann.

Ich glaube, es muss das gemeinsame Interesse sein, die Menschen bei diesem Thema nicht weiter zu verunsichern, sondern deutlich zu machen: Regierung und Parlament nehmen sich dieses Themas erneut an, obwohl es zwischendurch immer wieder auf der Tagesordnung war, und reagieren sensibel auf die Ängste und Nöte, die die Menschen jetzt auch wegen der Berichterstattung über Vorkommnisse an ganz bestimmten Schulen haben.

Das Land hilft und berät aber auch praktisch, beispielsweise mit dem Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz: einerseits die Kommunen, andererseits auch vielfältig vor Ort, um Sorgen und Nöte aufzugreifen und einen fachlichen Ratschlag zu geben, wie damit umgegangen werden kann.

Unter bauaufsichtsrechtlichen Gesichtspunkten hat die Landesregierung ihr Handwerk im Umgang mit dieser Problematik im Grunde schon 1996 vollbracht. Weitere Aufforderungen sind hier vielfältig genannt worden. Ich bin davon überzeugt, dass nach der breiten Diskussion in den Fachausschüssen auch noch neue Impulse für das Handeln der Landesregierung wahrgenommen und dann auch umgesetzt werden können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die Piratenfraktion hat jetzt noch einmal Herr Kollege Lamla ums Wort gebeten. Sie haben dafür allerdings, Herr Kollege, noch „gewaltige“ 13 Sekunden Zeit. Sie sollten sich also sputen. Sie haben das Wort. Bitte.

Lukas Lamla (PIRATEN): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vorab eine Entschuldigung an Frau Löhrmann. Ich werde mich in Zukunft erkundigen, wo sie ist.

Noch mal zu Ihnen, Herr Markert; Sie werfen mir vor, ich würde das an die Öffentlichkeit zerren: Wenn Tausende von Lehrerinnen und Lehrern und Kindern täglich einem der gesundheitsschädlichsten Stoffe ausgesetzt sind, dann ist es meine verdammte Pflicht, genau das an die Öffentlichkeit zu zerren!

(Lebhafter Beifall von den PIRATEN und der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Lamla. – Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt 6 liegen mir nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung angelangt sind.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung der Antrages Drucksache 16/1257** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** – federführend –, an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**, an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** sowie an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ich darf fragen, wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte. – Gibt es Gegenstimmen? – Oder gar Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Und schon sind wir bei Tagesordnungspunkt

7 Martin und Metin werden hier gebraucht. Abwanderung von hochqualifizierten Fachkräften verhindern – Anreize zum Hierbleiben oder zur Rückkehr schaffen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1276

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst für die antragstellende CDU-Fraktion Frau Kollegin Güler das Wort.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von den GRÜNEN: Hoffentlich besser als gestern!)

Serap Güler (CDU): Ich gebe mir Mühe. – Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Thema „Integrationspolitik“ geht es neben der Vermeidung von Reparaturkosten vor allem um Potenziale, um Chancen, um die Möglichkeiten